

Legitimität und Legitimierung in der sozialwissenschaftlichen Debatte: eine Einführung in Theorien der Rechtfertigung und Kritik von Herrschaft

MARIA DAMMAYR, DORIS GRASS, BARBARA ROTHMÜLLER

Fragen nach der Rechtfertigung von und Kritik an politischen, ökonomischen, sozialen oder wissenschaftlichen Ordnungen werden in den Sozialwissenschaften seit einigen Jahren wieder verstärkt laut und sowohl unter forschungspraktischen als auch unter gesellschaftstheoretischen Gesichtspunkten diskutiert. Legitimität bildet einen der Kernbegriffe dieser aktuellen Debatten. Dabei herrscht ein Verständnis von Legitimität vor, das die normativen Geltungsansprüche politisch-sozialer Ordnungen betont. In den Fokus des Interesses rücken damit einerseits der individuelle wie kollektive Bezug auf kulturell-diskursive Normen sowie Prozesse der Legitimierung, andererseits kommt der *Entstehung* normativer, am Gemeinwohl orientierter Geltungsmuster und Rechtfertigungssemantiken verstärkt Aufmerksamkeit zu.

Die Auseinandersetzung mit kulturell vermittelten und kollektiv validierten, institutionalisierten Normen, die den alltäglichen und diskursiven Praktiken der Legitimierung gesellschaftlicher AkteurInnen zugrunde liegen, kann als theoretische Verschiebung der sozialwissenschaftlichen Aufmerksamkeit betrachtet werden: weg von den objektiven und materiellen Bedingungen von Herrschaft und hin zum (kritischen und kritisierenden) Deuten und Handeln von Menschen. Trotz einer solchen Verschiebung muss die »Wiederbelebung« der Legitimitätsforschung auch vor dem Hintergrund einer Konjunktur des Krisenbegriffes gesehen werden, weshalb sie keineswegs zufällig erscheint. Damit ist nicht zuerst oder allein auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 abgestellt, vielmehr werden seit geraumer Zeit multiple krisenhafte Entwicklungen konstatiert: Mit ökonomischer Wachstumskrise, Umweltkrise und Klimawandel, globalen Ernäh-

rungs- und Hungerkrisen, der Krise der Reproduktions- und Sorgearbeit, Geschlechter- und Generationenkonflikten, Bildungsmisere, der Krise des Selbst und vor allem auch der Krise der Demokratie sowie der nationalstaatlichen Konstellation sind nur einige genannt (beispielhaft siehe Demirović et al. 2011; Altvater et al. 2009; Aulenbacher/Dammayr 2014). Krisen scheinen in der Gegenwart omnipräsent. Zugleich fungiert der Krisenbegriff seit jeher als einer der elementaren Grundtermini sozialwissenschaftlicher Gesellschaftsdiagnosen. Mit den Begründern der Soziologie, die diese von Beginn an als Krisenwissenschaft begriffen, können gesellschaftliche Veränderungen oder Umbrüche etwa als Ökonomisierung und damit zugleich im Kontext von Entfremdung und Ausbeutung (so etwa bei Karl Marx), als Erosion des normativ-moralisch fundierten sozialen Zusammenhalts im Sinne wachsender Anomalie (Émile Durkheim) oder als Ausdifferenzierung und Pluralisierung von Wertsphären mit dem Ergebnis einer Rationalisierung der Gesellschaft (nach Max Weber) beschrieben werden.

Folgt man Jürgen Habermas' Krisenverständnis in seinem Werk *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* handelt es sich dabei um »anhaltende Störungen der Systemintegration« (Habermas 1971, 11). Demnach befindet sich ein Gesellschaftssystem dann in der Krise, wenn es nicht die Ressourcen besitzt, die es benötigt, um eine Problemlage bestandserhaltend zu lösen. Krisen sind dabei zum einen objektive Vorgänge, die aber keineswegs schicksalhaft über eine Gesellschaft hereinbrechen. Vielmehr sind sie das Ergebnis von Spannungen und strukturell angelegten Widersprüchen in den sozialen Verhältnissen. Zum Krisenbegriff gehört bei Habermas zum anderen auch, dass AkteurInnen die Krise als solche erfahren und »ihre soziale Identität bedroht sehen« (ebd., 12). Probleme seien eben erst dann bestandsgefährdend, wenn das Gesellschaftssystem seine Legitimation verliert; das heißt das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der sozialen Ordnung schwindet. Objektive Krise und subjektives Krisenbewusstsein gehen in dieser Lesart miteinander einher, sind aber keineswegs aufeinander reduzierbar.

Auch im vorliegenden Sammelband werden sozialer Wandel, Krise und Legitimation als miteinander verbundene Phänomene aufgegriffen und gesellschaftliche Ordnungen, Umbrüche sowie Krisenerscheinungen im Kontext normativer Orientierungen und vor dem Hintergrund ihrer Legitimität betrachtet. Dazu wird auf aktuelle und insbesondere als Krisen beschriebene Entwicklungen Bezug genommen, die im Rahmen sowohl empirisch als auch theoretisch orientierter Beiträge zur Legitimität sozialer Ordnungen in Politik, Wirtschaft, Medien, Bildung und Wissenschaft analysiert und diskutiert werden.

1. LEGITIMATIONSKRISEN ALS HERAUSFORDERUNG LEGITIMER ORDNUNG

Auf den ersten Blick scheinen die vielfältigen Krisendiagnosen nicht nur Ausdruck einer aus den Fugen geratenen Welt, sie bergen auch Hoffnungen auf die Überwindung, oder doch zumindest den Abbau bestehender sozialer Ungleichheiten sowie globaler Spaltungen und auf eine Neuordnung von Gesellschaften hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Aktuelle Gegenwartsdiagnosen konstatieren, dass die Legitimität bestehender Ordnungen, sei es die globale Wirtschaftsordnung, die politische Ordnung vormaliger Diktaturen aber auch westlicher Demokratien, oder die soziale Ordnung zwischen den Geschlechtern und Generationen zunehmend krisenhaft wird. Mit anderen Worten, die eingespielten Legitimationsmuster, auf die sie sich stützen, scheinen brüchig zu werden und an Überzeugungskraft zu verlieren: Etablierte Begründungen werden infrage gestellt, alternative Rechtfertigungsnarrative erstarken, es bilden sich zugleich neue heraus. Gesellschaftliche Diskurse und soziale Praktiken sind also von *Bruchlinien* der Legitimation durchzogen. Mit der Feststellung von Legitimationskrisen ist aber noch wenig zur Realität sozialer, politischer, ökonomischer, regionaler oder generationaler Ungleichheiten gesagt, geschweige denn kann gar auf einen Automatismus zunehmender Gerechtigkeit in den sozialen Verhältnisse geschlossen werden. Krisen und Legitimationskrisen deuten zunächst vielmehr darauf hin, dass Legitimität umkämpft ist und selbst einem Wandel unterliegt; bestehende oder sich gar weiter verfestigende soziale Spaltungen werden unter Verweis auf andere als die bisher geltenden normativen Deutungsmuster gerechtfertigt.

Der Begriff der Legitimität selbst meint im politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang zunächst ganz allgemein das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit einer bestehenden politischen Herrschaft oder sozialen Ordnung. Für die empirische Forschung stellt sich daher die Frage, mit welchen »kontextuell und zeitlich situierter, stärker sedimentierten Legitimationsmustern, faktischen Legitimationen und normativen Traditionen« (Forst/Günther 2010, 7) Machtverhältnisse, Herrschaftsformen und soziale Ungleichheit jeweils legitimiert werden; oder anders: welche Begründungen gesellschaftlich anerkannt sind und zur Kritik an oder Rechtfertigung von sozialen (Ungleichheits-)Ordnungen herangezogen werden. Ob eine solche Ordnung Legitimität besitzt, hängt von den jeweils angewandten Kriterien ab und kann nur mit Bezug auf verschiedene Legitimitätstheorien beantwortet werden. Max Weber etwa identifizierte in seinen macht- und herrschaftssoziologischen Schriften zum einen die Legalität und damit die Übereinstimmung mit dem geltenden Recht als zentralen Bezugspunkt für Legitimität. Eine legitime politische Ordnung ist so zunächst als rechtmäßige Ord-

nung kraft positiver Satzung zu verstehen. Daneben kann sich Legitimität aber auch aus weiteren Quellen speisen. Nach Weber handelt es sich dabei um Formen der Legitimität, deren Geltung auf Tradition, Affekten oder auch auf wertrationalem Glauben beruht (Weber 1922). Anders als Herrschaft im engeren Sinne, welche durch Zwang und Gewaltanwendung einerseits und Gehorsam andererseits erzeugt und erhalten wird, gilt eine Ordnung demnach als legitim, wenn sie auf dem Vertrauen an die Rechtmäßigkeit der Herrschaftsbeziehung von zumindest dem überwiegenden Teil der Beherrschten beruht. Für Weber ist somit vor allem der *Glaube* an die Legitimität von Bedeutung. Legitimität primär als Legitimitätsglaube zu konzipieren hat zur Folge, dass die Geltung einer Herrschaftsordnung nicht zuerst Resultat der »Überzeugungsbemühungen« der Herrschenden ist, sondern in den Überzeugungen der AkteurInnen begründet liegt, die diese »als vorbildlich oder verbindlich und also geltensollend« (Weber 1921, 574) anerkennen. Auf die Frage, warum Menschen eine Ordnung als legitim identifizieren, warum sie dieser möglicherweise entgegen objektiven Benachteiligungen zustimmen und so zu ihrem Erhalt beitragen – und zwar ohne dass sie unter dem Einfluss äußerlicher Gewalt stünden –, verweist Weber auf die kulturellen Bedingungen sozialen Handelns. Die Entstehung des Kapitalismus sah er bekanntermaßen mit der protestantischen Ethik und Lebensführung verknüpft.

Indem für Weber Herrschaft und Gehorsam miteinander verwoben sind, und die – vor allem auch normative – Aktivität der Herrschaftsunterworfenen grundlegend zum Bestand einer Ordnung beiträgt, geht er über Karl Marx und dessen Verständnis politischer Herrschaft hinaus. Dieses sieht – basierend auf der Klassentheorie – die Legitimität der kapitalistischen Herrschaftsordnung in der ideologischen Verblendung der wahren Verhältnisse verankert (vgl. Menz 2009). Ein Beispiel dafür ist seine, in Auseinandersetzung mit Hegels Herr-Knecht-Dialektik entwickelte, Kritik an Verdinglichung und Warenfetischismus. Mit Marx rückt also Ideologie als gesellschaftlich erzeugtes, falsches Bewusstsein der Beherrschten in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Legitimitätsfragen. Obwohl der marxistische Ideologiebegriff im 20. Jahrhundert von verschiedenen politischen PhilosophInnen aufgegriffen und weiter ausgearbeitet wurde, ist seither die Vorstellung eines (mehr oder weniger »notwendigen«) falschen Bewusstseins einer umfassenden Kritik unterzogen worden (vgl. Eagleton 1991).

Die Verschiebung der Aufmerksamkeit weg vom marxistischen Ideologiebegriff hin zur konkreten *Herstellung* eines Konsenses auf Basis der Zustimmung zu einer Herrschaftsordnung kann als *shift* in der Herrschaftstheorie gesehen werden, die sich zunehmend darauf konzentrierte zu erforschen, welche subtilen Herrschaftsmechanismen die Einwilligung der Beherrschten oder sogar Beteiligung an ihrer Unterdrückung durchsetzen (vgl. dazu Imbusch 2013). Insbesondere

re in den Macht- und Herrschaftsanalysen von Antonio Gramsci, Michel Foucault und Pierre Bourdieu wird dafür die Bedeutung kollektiv geteilter Weltanschauungen betont (vgl. z.B. Bourdieu 2001; Demirovic 2013; Sarasin 2012). Trotz unterschiedlicher theoretischer Konzepte teilen sie dem Sinn nach die Ansicht, dass sich die Stabilisierung von Machtverhältnissen auf der Basis der Durchsetzung von Wahrnehmungs-, Denk- und Bewertungsschemata herstellt, die dazu führen, dass eine anders strukturierte als die bestehende Welt zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt (nahezu) undenkbar wird. Die Aufrechterhaltung und Veränderung von Denkkategorien wird damit unmittelbar politisch relevant – und Intellektuelle wie WissenschaftlerInnen sind maßgeblich in diese Prozesse selbst verstrickt (s.u.). Das jeweils historisch Un-/Denkbare und die sie konstituierenden Schemata bilden somit grundlegende Bausteine, mittels derer Legitimität von und Zustimmung zu Herrschaft durch die Organisation eines Alltagsverständes abgesichert wird. Wenig berücksichtigt werden dabei jedoch widerständige Praktiken alltäglicher Verweigerung (vgl. Sauer 2013).

Fragen der Legitimierung im Sinne einer (alltags-)praktischen Erzeugung oder Verweigerung von Zustimmung rücken seither immer stärker in den Vordergrund der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung: Wie werden Herrschaftsverhältnisse im Alltag reproduziert? Welche Legitimationsmuster kommen dabei zur Geltung und welche Urteilskriterien erscheinen den Herrschaftsunterworfenen als plausibel und angemessen? Woran stößt sich artikulierte Kritik? Diese Wendung, die dem subjektiven Bewusstsein im Zusammenhang mit legitimierenden Praktiken der AkteurInnen Gewicht beimisst, findet ihre Entsprechung in Theorie- und Forschungsprogrammen, die das Subjekt, dessen Erfahrungen sowie dessen kognitive und normative Annahmen über die Richtigkeit und Gerechtigkeit einer Situation oder einer Ordnung in den Mittelpunkt rücken.

2. KRITIK ALS PRAGMATISCHES HANDELN ODER AUFGABE SOZIALWISSENSCHAFTLICHER ANALYSE?

Ein solches, inzwischen nicht mehr nur im französischen Sprachraum einflussreiches Theorieprogramm bildet die so genannte *sociologie pragmatique*, die im Schlüsselwerk *De la justification* (1991, deutsch: *Über die Rechtfertigung* (2007)) von Luc Boltanski und Laurent Thévenot entwickelt worden ist. Darin entwerfen die Autoren die Eckpfeiler einer Soziologie, deren Hauptinteresse der Erforschung der normativen, ja moralischen Dimensionen von Handeln gilt. Boltanski und Thévenot vertreten wie Weber die Auffassung, dass Legitimationsüberzeugungen nicht nur instrumentell begründet sind, sondern durch nor-

mative und wertrationale Vorstellungen der Menschen getragen werden. Sie nehmen an, dass in Situationen, in denen Legitimität durch Argumentation und öffentlichen Diskurs hergestellt wird, AkteurInnen sich auf bestimmte Begründungsordnungen oder Rechtfertigungslogiken berufen, um diese Situationen zu kritisieren oder zu stützen. Solche Rechtfertigungsordnungen sind explizit normative Begründungen; sie bilden die interpretativen Rahmen, »die durch Akteure entwickelt und gehandhabt werden, um die Evaluation von und Koordination in Handlungssituationen durchführen zu können« (Diaz-Bone/Thévenot 2010, Abs. 10). Ihre Programmatik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Prozesse des Kritisierens und Rechtfertigens auf der Mikroebene der individuellen AkteurInnen ins Zentrum stellt, gleichzeitig aber die Rechtfertigungsordnungen als historisch gewachsene und situativ verhandelte Institutionalisierungen begreift.

Einen vergleichbaren Zugang unternimmt auch François Dubet in seinen Arbeiten über das subjektive Ungerechtigkeitsempfinden von Beschäftigten (Dubet 2008), in denen er die »normative Aktivität« von AkteurInnen fokussiert. Drei zentrale Gerechtigkeitsprinzipien unterscheidend – Autonomie, Gleichheit, Leistung – untersucht Dubet, welche Ungleichheiten von Beschäftigten als gerecht akzeptiert und welche als ungerecht kritisiert werden. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass Menschen ökonomische Ungleichheiten solange als legitim anerkennen, als von diesen nicht angenommen werden muss, dass sie den Zusammenhalt, die soziale Solidarität und die Gemeinschaft der (nationalen) BürgerInnen beeinträchtigen. Auch hier kommt dem Legitimitätsglauben eine wichtige Rolle zu. Dass Dubet über Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeiten schreibt, macht deutlich, dass es sich bei der Legitimation von Ungleichheiten um wertgebundene, d.h. vor allem auch moralische Abwägungen handelt.

Diese sogenannten pragmatischen Rechtfertigungsansätze sind als Reaktion, aber vor allem in Relation zur ideologiekritisch geprägten Debatte um das Verhältnis von gewöhnlicher AkteurIn und kritischer WissenschaftlerIn zu sehen. Vor dem Hintergrund der Annahme einer »ideologischen Verblendung« von Herrschaftsunterworfenen wurde insbesondere in der Tradition der Kritischen Theorie die Frage nach den legitimen Bezugsgruppen politischer Theorie kontrovers diskutiert. So drehte sich die Debatte um Anerkennung und/oder Umverteilung zwischen Nancy Fraser und Axel Honneth nicht zuletzt um die Unterscheidung und Bewertung von il-/legitimen Anerkennungs- und Umverteilungsansprüchen und damit um die Frage, auf Basis der Ansprüche welcher AkteurInnen und sozialer Gruppen diese als un-/gerechtfertigt einzuschätzen wären (Fraser/Honneth 2003). Explizit zum Gegenstand der Auseinandersetzung wurde das Verhältnis zwischen TheoretikerInnen und Beforschten in jüngster Zeit in der Kontroverse *Kritische Soziologie* oder *Soziologie der Kritik* (Celikates 2009;

Vobruba 2013). Eine kritisch-aufklärerische Soziologie im Gefolge Louis Althusser's und Pierre Bourdieus etwa würde eine Dichotomie zwischen ›wissenden‹ WissenschaftlerInnen und ›verblendeten‹ AkteurInnen voraussetzen – und diese Hierarchie sogar noch weiter forcieren, wie beispielsweise der französische Philosoph Jacques Rancière kritisierte (vgl. Rancière 2010; Kastner/Sonderegger 2014). Demgegenüber sehe sich eine Soziologie der Kritik nach Luc Boltanski vor allem einer *Rekonstruktion* der Perspektive der AkteurInnen verpflichtet, ohne von einer prinzipiellen Wissenshierarchie zwischen WissenschaftlerIn und AkteurIn auszugehen. Im Zentrum der Debatte steht im Prinzip die Frage nach internen oder externen Maßstäben sozialwissenschaftlicher Kritik, also danach, ob eine sich als kritisch verstehende Sozialforschung in der Lage ist, selbst Kritik zu äußern und von welcher Position aus sie dies gegebenenfalls kann, oder ob sie sich darauf beschränken muss, die von den AkteurInnen geäußerte Kritik und deren Maßstäbe nachvollziehend wiederzugeben. Ist sie, zugespitzt formuliert, nur Sprachrohr der Unterdrückten? Soll bzw. kann sie überhaupt unparteiisch universelle moralphilosophische Wertmaßstäbe entwickeln? Als Lösung dieses Dualismus wurde von Rahel Jaeggi vorgeschlagen, von einer immanenten Kritik auszugehen, die als Maßstab den notwendigen Widerspruch zwischen Normen und Realität herausarbeitet (vgl. Jaeggi 2009, 284ff.).

Das hier angedeutete Spannungsverhältnis zwischen der (empirisch analysierbaren) bestehenden Legitimität oder aber Illegitimität sozialer Ordnungen und der normativen Perspektive der Kritik verweist auf Unterschiede im Verständnis von Aufgabe und Möglichkeiten sozialwissenschaftlicher Forschung. Darüber hinaus wird aber auch deutlich, dass Fragen der Legitimität nicht losgelöst von normativen Aspekten – von Ideen, Orientierungs- und Deutungsmustern, von Gerechtigkeitsvorstellungen – betrachtet werden können. Die Herausbildung einer sozialen Ordnung, ihr Fortbestehen oder ihr Zerschlagen kann nur verstanden werden, wenn auch ihre normative Einbettung in den Blick genommen wird. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass der Begriff der Legitimität sowohl *deskriptiv* zur Beschreibung einer Ordnung als auch *normativ* zur Beurteilung einer solchen herangezogen werden kann. Selbst eine deskriptive Verwendung jedoch ist insofern »normativ abhängig«, als sie – indem sie auf die Rechtmäßigkeit und Akzeptanz der Ordnung abzielt – selbst auf einen normativen Sachverhalt abstellt (Forst 2014). Als solche normativen Rechtfertigungsquellen gelten neben Freiheit und Gerechtigkeit auch Leistung, Gleichheit und Demokratie. Wie die im Band versammelten Beiträge zeigen, kommt diesen Begründungen abhängig vom jeweiligen Legitimationskontext nicht nur unterschiedliches Gewicht zu, sondern kann ihr Verhältnis als regelrecht umkämpft beschrieben werden.

3. GESELLSCHAFTLICHE, POLITISCHE UND WISSENSCHAFTLICHE BRUCHLINIEN DER RECHTFERTIGUNG. ZU DEN BEITRÄGEN DES SAMMELBANDES

Trotz unterschiedlicher theoretischer Zugänge zum Thema Legitimität lässt sich als Ausgangspunkt des Sammelbandes festhalten, dass Legitimität das stets mehr oder minder fragile Ergebnis eines Prozesses ist, in dem die Akzeptanz etwa von politischer Herrschaft, sozialer Ungleichheit oder Leistungsanforderungen in einer oft konflikthaften Aushandlung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen AkteurInnen unter Rückgriff auf normative Deutungsmuster vorübergehend hergestellt wird. Legitimationskonflikte scheinen aktuell in drei Bereichen besonders präsent: Da sind erstens jene politischen Auseinandersetzungen, die etwa ganz grundlegend die demokratische Partizipation, BürgerInnenschaft sowie die legitime Art und Weise der Bearbeitung der Wirtschaftskrise betreffen. Zweitens finden wiederkehrende und besonders konfliktreiche Kämpfe um Gleichheit im Feld der Bildungspolitik statt, die auf unterschiedliche Art und Weise zwischen den Extrempolen radikaler Gleichheit und meritokratisch zu bestimmender Exzellenz vermitteln. Schließlich werden drittens durch Veränderungen der Arbeits- und Organisationsstrukturen Leistungsanforderungen an Beschäftigte und von Beschäftigten selbst sowie Fragen angemessener Gratifikation und Anerkennung zum Ausgangspunkt arbeits- und leistungspolitischer Verwerfungen und Konfrontationen. Entlang dieser drei übergreifenden Konfliktbereiche ist auch der vorliegende Band strukturiert.

3.1 Konstruktionen legitimer Herrschaft in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Politische Legitimationskonflikte um Demokratie sowie die seit 2008 verstärkt diskutierte globale Wirtschaftskrise stehen im Zentrum der ersten drei Beiträge.

Daniel Lehner analysiert in seinem theoretisch fundierten Beitrag Legitimität aus der Perspektive der politischen Philosophie und entwickelt einen konzeptuellen Zugang zur Brüchigkeit der politischen Rechtfertigungsordnung. Nach einer Einführung in Gestalt und Rolle des politischen Feldes stellt Lehner gängige Rechtfertigungsnarrative vor, die die ideologisch-symbolische Struktur westlich-liberaler Demokratien prägen und die zur Legitimation oder Kritik politisch-sozialer Verhältnisse herangezogen werden. Um der Frage nachzugehen, wodurch sich eigentlich ein genuin demokratisches Rechtfertigungsnarrativ auszeichne, führt er in einen radikaldemokratischen Strang der Demokratietheorie ein, in dem nicht formale Verfahren der Genese von Politik, sondern das egali-

tär-partizipative Versprechen der Demokratie und damit die Aussicht auf Freiheit, Gleichheit, politische Partizipation und soziale Teilhabe im Vordergrund stehen. Demokratie wird so als kollektive soziale Praxis der Selbstermächtigung Gleicher konzipiert, welche die »Gleichheit aller einfordert und sich für deren Universalisierung einsetzt, womit bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse konfrontiert und delegitimiert werden.« (S. 42) Indem Lehner gerade auf die kollektive Natur demokratischer Praxis abzielt und dabei deren Eingeschlossenheit in materielle Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse betont, warnt er zugleich vor einer reduzierten Perspektive auf Prozesse der Kritik und Rechtfertigung, die sich auf die Analyse symbolisch-ideologischer Normativität beschränkt, ohne der »Wirkmächtigkeit kapitalistischer Staatlichkeit« Rechnung zu tragen. Der Beitrag spannt so einen kritischen Rahmen auch für die Lektüre der weiteren Beiträge im Band auf.

Die Bedeutung von Rechtfertigungsnarrativen, die von Lehner in kritischer Absicht vor allem theoretisch diskutiert wird, veranschaulicht *Lisa Mittendrein* im anschließenden Beitrag mithilfe konkreter Beispiele. Mittendrein analysiert politische Legitimationsstrategien und ihre Grenzen anhand verschiedener, medial verbreiteter Narrative zur Rechtfertigung der aktuellen Krisenpolitik. Als zentrale Rechtfertigungsnarrative identifiziert sie dabei die Konstruktion von Krise als Ausnahmezustand und der aktuellen Krisenpolitik als alternativlos sowie die Verurteilung von Kritik daran als antieuropäisch. Sie zeigt darüber hinaus, dass vor allem die Frage, wer eigentlich Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftskrise trägt, Gegenstand politisch-ideologischer Kämpfe ist, die mal rassistisch, mal moralisierend Schuld zuweisen und auf diese Weise von systemischen Krisenursachen ablenken. Mittendrein präsentiert so etwa die These, dass die Legitimität der aktuellen politischen Krisenbearbeitung grundlegend davon abhängt, in welchem Ausmaß der Eindruck der Alternativlosigkeit die Debatte dominiert. Die mediale Rechtfertigung der Krisenpolitik sei dabei nicht nur eine diskursive Legitimationsstrategie, sondern stehe in Zusammenhang mit autoritären Herrschaftsformen. Der Einsatz von ExpertInnenregierungen, politischen Interventionen und verstärkter Repression zeige an, dass eine gewaltförmige Durchsetzung von Politik dann auf den Plan tritt, wenn ihre Legitimität eine Grenze erreicht. Aus aktivistischer Perspektive sozialer Bewegungen stelle sich damit die Aufgabe, Alternativen zur aktuellen Krisenpolitik in den Blick und verstärkt in die Debatte zu bekommen.

Ähnlich wie der Beitrag von Mittendrein widmet sich auch jener von *Sebastian Haunss, Falk Lenke, Henning Schmidtke* und *Steffen Schneider* der Analyse der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Rahmen einer Analyse medialer Diskurse gehen sie der Frage nach, ob mit diesen Krisen zugleich eine Le-

gitimationskrise kapitalistischer Wirtschaftssysteme verbunden ist. Die Autoren untersuchen, inwiefern wirtschaftskritische AkteurInnen die Krise nutzen konnten, um sich in öffentlichen Debatten Gehör zu verschaffen und auf diese Weise zu einer Legitimationskrise des Kapitalismus beitragen. Auf der Grundlage netzwerkanalytischer Auswertungen kommen sie unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Intensität des Legitimationsdiskurses zwischen 2008 und 2011 zwar zugenommen hat, sich jedoch in diesem Zeitraum noch keine breit aufgestellte, kritische Diskurskoalition herausbilden konnte. Mit anderen Worten, im Gefolge der Krise haben sich durchaus mehr AkteurInnen am Diskurs beteiligt, deren gesellschaftliche Relevanz und Diversität hat aber zugleich abgenommen. Vor allem SprecherInnen sozialer Bewegungen, aus Wirtschaft oder Politik seien seltener am Diskurs beteiligt, während sich KünstlerInnen, JournalistInnen und Kulturschaffende häufiger kritisch zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern.

Alexander Knoth untersucht in seinem Beitrag Entstehungskontext und Legitimationsgrundlage des 2008 in Deutschland in Kraft getretenen bundeseinheitlichen Einbürgerungstests. Anhand einer Analyse des Fragenkatalogs zeigt er, wie der Versuch, eine nationale Identität zu objektivieren, auf oftmals einseitigen Selbst- und Fremdbeschreibungen und nicht zuletzt auf Vorstellungen kultureller Homogenität beruht. Mithilfe stereotyper Annahmen über religiöse, geschlechter- und arbeitsbezogene Identitäten würde ein Bild des »Anderen« konstruiert, das sowohl der Abgrenzung und Distanzierung als der auch nationalen Selbstbestimmung diene. Der Test fordert so von den EinbürgerungskandidatInnen nicht nur scheinbar objektives Wissen, welches den Grad der Integration reflektiere und den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft legitimiere, sondern vermittelt zugleich die Botschaft einer notwendigen Assimilierung. Knoth rückt weniger den öffentlichen Diskurs um eine nationale Identität in den Vordergrund, vielmehr betrachtet er mit dem Einbürgerungstest ein konkretes Instrument, welches der Grenzziehungen dient, und das Vorstellungen nationaler Homogenität institutionalisiert sowie materialisiert.

Abseits einer politischen Konstruktion kultureller und nationaler Identitäten behandelt der Beitrag von *Michael Sperer* die Legitimierung bzw. öffentliche Anerkennung genetisch bedingter (Verhaltens-)Eigenschaften. Dazu geht er der Darstellung und Repräsentationen des humangenetischen Paradigmas sowie der Anerkennung von genetischen Erklärungen für menschliche Merkmale und menschliches Verhalten in der medialen Berichterstattung nach. Basierend auf den Ergebnissen einer explorativen Pilotstudie geht es Sperer in seinem Beitrag darum, die Legitimation eines zunächst wissenschaftlichen Paradigmas in der öffentlichen Debatte empirisch zu erfassen, um daraus Rückschlüsse auf Prozesse

der medialen (De-)Legitimation wissenschaftlicher Grundannahmen zu ziehen. Seine These lautet, dass die Nachzeichnung medialer Wissenstrends über die öffentliche Resonanz hinaus zum besseren Verständnis der Legitimation von Praktiken, wie etwa der Entscheidung eine Präimplantationsdiagnose durchführen zu lassen, beitrage. Er verdeutlicht damit, dass und inwiefern die Legitimität bestimmter Wissensformen im öffentlichen Diskurs mit Handlungsrelevanz und Bedeutung für soziale Praktiken einhergeht.

Alle Beiträge des ersten Teils zeigen auf durchaus unterschiedliche Weise, dass eine kritische Perspektive auf Legitimität vorherrschender Ordnungen – politischer, wirtschaftlicher oder Wissensordnungen – nicht nur Rechtfertigungen auf der Ebene von Ideen bedenken muss, sondern auch deren Verbindung zu Praktiken und materiellen Aspekten von Herrschaft. Der abschließende Beitrag von *Karin Glaser* schließt gewissermaßen die Klammer, indem er aus Perspektive der politischen Philosophie das spannungsreiche Verhältnis von Legitimität, Herrschaft und Gehorsam ausleuchtet. Glaser folgt der Entwicklung des Legitimitätsbegriffs und macht dabei sichtbar, dass dieser ideengeschichtlich keineswegs immer mit dem ihm heute oft zugeschriebenen kritischen Potenzial ausgestattet war. Legitimität erweist sich der Lektüre nach überhaupt viel eher als Gegenbegriff zu Kritik. Sie warnt in diesem Sinne davor, den Zweck des staatspolitischen Legitimitätsbegriffes zu übersehen, nämlich Herrschaft und damit Gehorsam zu rechtfertigen. Auch ein demokratisches Legitimationskonzept der Anerkennung politischer Verhältnisse bedeute letztlich Unterordnung der Herrschaftsunterworfenen. Gerade die in Krisenzeiten aufgeworfenen Debatten um die Legitimität von Herrschaftsordnungen, deren Brüchigkeit sowie sich auf alternative Verhältnisse berufende Kritik verbleiben im Rahmen von Herrschaft.

3.2 Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit als Legitimationsfiguren sozialer (Bildungs-)Ungleichheiten

Der zweite Themenschwerpunkt des Sammelbandes rückt die Aufmerksamkeit besonders auf Fragen sozialer Ungleichheit im Kontext von Bildung und Bildungspolitik, wobei auch hier unterschiedliche Legitimationsfiguren und ihre jeweiligen Aushandlungsprozesse im Mittelpunkt stehen.

Er wird eröffnet durch einen Beitrag von *Andreas Hadjar*, der die vielfältigen Formen der Legitimierung sozialer Ungleichheit herausarbeitet und diese in Verbindung zu gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Positionen bringt. Zentrale Bedeutung für die Akzeptanz der Ordnung sozialer Ungleichheit durch die Gesellschaftsmitglieder komme demnach heute dem meritokratischen Prinzip zu, welches eng mit der Idee der Leistungsgerechtigkeit verknüpft ist

und herangezogen wird, um bestehende Ungleichheiten zu rechtfertigen, welches zugleich aber auch zu deren Verschleierung beiträgt. Besonderes Augenmerk legt Hadjar auf die Verteilung des meritokratischen Prinzips, wenn er danach fragt, welche Gruppen auf Basis des Leistungsprinzips soziale Ungleichheiten akzeptieren, und welche Rolle Bildung und Status der Gesellschaftsmitglieder dabei spielen. Die Analyse erfolgt entlang eines aus der Ungleichheitstheorie abgeleiteten Paradoxons, welches besagt, dass höher Gebildete soziale Ungleichheiten einerseits stärker kritisch reflektieren, andererseits als ProfiteurInnen der ungleichen Ordnung wiederum dazu neigen, diese stärker zu akzeptieren. Hadjar zeigt, dass hingegen jene Hochgebildeten, die aus ihrer Sicht nicht ausreichend von der Ordnung sozialer Ungleichheit profitieren, eine bedeutende Quelle sozialen Wandels darstellen, wenn sie die persönliche Wahrnehmung nicht gerechtfertigter Ungleichheiten politisch aktiviert.

Auch der anschließende Beitrag von *Tobias Peter* fragt nach Rechtfertigungen, die Ungleichheiten als gerecht erscheinen lassen. Anhand des Exzellenzdiskurses im deutschen Bildungs- und besonders Hochschulwesen zeichnet er nach, welcher spezifische Gerechtigkeitsanspruch in Problemdiagnosen, Krisenbeschreibungen und Legitimierungsstrategien entfaltet wird und wie sich dieser von egalitären Vorstellungen einer auf Chancengerechtigkeit und soziale Ungleichheit kompensierenden Bildung unterscheidet. Peter zeigt, dass die marktorientierte Rechtfertigungsordnung der Exzellenz, indem sie auf die positive Wirkung von Wettbewerb und Auslese für das gesellschaftliche Gemeinwohl abstellt, eine Form der Verfahrensgerechtigkeit favorisiert, die sich wirkmächtig mit einer meritokratischen Argumentation verbindet und so die Idee von Leistungsgerechtigkeit als leistungsfeindlich, ineffizient und unverdient diskreditiert. Die Rhetorik der Exzellenz breche dabei nicht mit der Idee von Chancengleichheit, sondern rücke diese vielmehr in ein neues Licht. Soziale Ungleichheit, begründet in den ungleichen Startbedingungen, stelle nur insoweit ein Gerechtigkeitsproblem dar, als sie Individuen (und Institutionen) daran hindert, in einen Wettbewerb um Höchstleistungen einzutreten. Oder wie es im Beitrag (S. 193) heißt: »Zur Illusion der Chancengleichheit tritt im Diskurs der Exzellenz die Illusion der Qualität.«

Ausgehend vom Konzept der Chancengleichheit analysiert *Barbara Rothmüller* in ihrem Beitrag die sich wandelnde Bedeutung des Legitimationsprinzips der Gleichheit für die Rechtfertigung von Bildungsreformen. Vor dem Hintergrund historischer Änderungen von bildungspolitischen Legitimierungsweisen zeigt sie am Beispiel der Legitimation der Gesamtschule in Luxemburg, wie politisch umkämpft und vielschichtig Gleichheit als Legitimationsprinzip ist. Im Kontext der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre wurde die soziale, politische und

nationale Dimension von Gleichheit zwischen einer Politisierung und Ökonomisierung von Bildung neu verhandelt. Rothmüller arbeitet heraus, wie der Gleichheitsanspruch der Gesamtschule je nach politischer Position der ReformakteurInnen mit Demokratisierung oder aber Gleichschaltung assoziiert wird. Der omnipräsente Gleichheitsdiskurs werde dabei allerdings nur auf SchülerInnen bezogen – und nicht auf LehrerInnen, deren Kooperation jedoch unabdingbar für eine Gesamtschule wäre. Rothmüllers Rekonstruktion der luxemburgischen Debatte macht deutlich, dass der Konsens darüber, dass Gleichheit ein wichtiger argumentativer Bezugspunkt bildungspolitischer Reformen ist, bedeutende Differenzen und Brüche dieses Legitimationsprinzips verdecken kann. Gleichheit als zentrales bildungspolitisches Bewertungsschema organisiert diskursiv damit die Legitimation von Reformen, erzeugt jedoch auch klare Randzonen der Aufmerksamkeit.

Mit einem kritischen Blick auf die wissenschaftliche Sozial- und Bildungsforschung fragen schließlich *Marcus Emmerich* und *Ulrike Hormel* in ihrem Beitrag danach, wie Bildungsungleichheit in der Migrationsgesellschaft problematisiert und beobachtet wird und welche Konsequenzen unterschiedliche Theorie referenzen für die Erklärung wie Legitimation des Phänomens migrationsbezogener Bildungsungleichheit nach sich ziehen. Sie argumentieren, dass bildungssoziologische Forschung zur Verallgemeinerung einer soziale Herkunft und Bildungserfolg permanent koppelnden Semantik beitrage, die sich nicht zuletzt in der Konstruktion des bildungsfernen Risikoschülers verdichtet. Je nach Perspektive würde die Verantwortung für Bildungsungleichheit entweder durch den Verweis auf kategoriale Gruppenzuschreibungen wie Migrationshintergrund an die Gesellschaft übertragen und diese damit zugleich von dieser entlastet, oder aber Verantwortung werde individualisiert und Bildungserfolg zur Bringschuld. Wie im Beitrag von Peter zeigen die AutorInnen, dass auch im Kontext der erziehungswissenschaftlichen Diskussion die Frage nach der Verantwortung für Bildungsungleichheit neu formuliert wird, wenn scheinbar meritokratisch legitimierte Bildungsgerechtigkeit als Antithese zu sozialer Gleichheit konzeptualisiert und positioniert wird.

3.3 Leistungspolitiken und ihre Legitimation in der Arbeitswelt

Der dritte Teil des Bandes fokussiert auf Legitimationsstrategien und -konflikte im Kontext arbeitsbezogener Leistungserbringung. Obwohl mit privat-, gemeinwirtschaftlichem und öffentlichem Sektor unterschiedliche Felder in den Blick genommen werden, und auch durch die forschungsleitenden Perspektiven auf

Subjekt, Organisation und Diskursebene das Spektrum der Analyse weit gestreckt ist, weisen die Beiträge doch enge Bezüge zueinander auf.

Vor dem Hintergrund veränderter arbeitsweltlicher Anforderungen wie Entgrenzung, Flexibilisierung und Individualisierung fragt *Anna Lucia Jocham* in ihrem Beitrag etwa, wie Leistung im Erwerbsarbeitskontext der Gegenwartsgesellschaft bewertet und legitimiert wird. Basierend auf den Ergebnissen einer diskursanalytischen Untersuchung einflussreicher Printmedien im deutschsprachigen Raum richtet sie ihr Augenmerk auf Mechanismen und Funktionen der sowohl formationsübergreifenden als auch formationspezifischen Legitimierung von Leistung. Jocham zeigt, wie Strategien der Propagierung von Eigenverantwortung und Leistungsgerechtigkeit, der Naturalisierung von Leistungsunterschieden sowie der Diffamierung vermeintlich »leistungsverweigernder Abweichler« und der Konstruktion von Gefahrenszenarien mobilisiert werden, um Transformationen innerhalb der Arbeitswelt, wie die zunehmend ergebnisbezogene Leistungsbewertung, die verstärkte Subjektivierung oder die Verknappung von Arbeit in einer Weise zu deuten, die bspw. Arbeitslosigkeit als Leistungsverweigerung erscheinen lässt oder soziale Ungleichheit und begrenzte Chancen zur Leistungserbringung ausblendet. Jocham macht deutlich, dass sich Leistung im öffentlichen Diskurs als omnipräsenter Imperativ arbeitsweltlicher Anforderungen erweist, während kritische Relativierungen des Leistungsprinzips im untersuchten Diskursausschnitt kaum Platz finden.

Auch *Knut Tullius* und *Harald Wolf* greifen in ihrem Beitrag zu Gerechtigkeitsansprüchen und Kritik in der Arbeitswelt Leistung als vorherrschendes Legitimationsprinzip auf, fragen aber vor dem Hintergrund des empirischen Befundes, wonach mehr und mehr Menschen heutzutage der Meinung seien, dass sich Leistung letztlich nicht mehr lohne, nach den spezifischen Begründungen solcher Kritik. Auf der Basis qualitativer Befragungen mit Beschäftigten aus verschiedenen Branchen des Industrie- und Dienstleistungssektors geht es ihnen darum, jene Gerechtigkeits- und Legitimationsansprüche sichtbar zu machen, die von den Beschäftigten selbst geltend gemacht werden. Theoretisch an die »Soziologie der Kritik« anschließend, verstehen die Autoren diese Ansprüche als Kriterien möglicher Kritik und Dimension eines kritischen Bewusstseins, sind dabei aber vor allem an der Handlungsrelevanz der referenzierten Prinzipien interessiert. Beschäftigte formulierten ihre Leistungs-, Selbstverwirklichungs- und Beteiligungsansprüche an Arbeit nicht nur, in dem sie sich auf plurale normative Ordnungen beziehen, sondern indem sie diese zudem in konkrete Handlungs- und Erfahrungskontexte betten. Insgesamt befinden die Autoren, sei die Legitimität der gegenwärtigen betrieblichen und gesellschaftlichen Ordnung durch ein nicht geringes Maß an Brüchigkeit gekennzeichnet.

Im anschließenden Beitrag von *Doris Graß* steht mit der von LehrerInnen und SchulleiterInnen geleisteten Bildungsarbeit ein eher traditioneller Bereich öffentlicher Dienstleistung im Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund einer umfassenden Reformprogrammatik im österreichischen Schulwesen, die nicht zuletzt die Arbeit an Schulen unter Veränderungsdruck stellt, fragt die Autorin in ähnlicher Absicht wie zuvor Tullius und Wolf danach, wie Beschäftigte ihren Gerechtigkeitsansprüchen im Hinblick auf sich ändernde Leistungserwartungen Geltung verleihen. Sie zeichnet zunächst nach, in welcher Weise aktuelle Bildungsreformen – auf dem *New Public Management*-Paradigma fußend – die Kopplung aus (scheinbarer) Autonomie und Evidenzbasierung zum Garanten für Qualität und Qualitätsentwicklung erklären; und zwar mit weitreichenden Konsequenzen für die professionelle Bestimmung des Lehrerberufes. Sich auf Boltanski und Thévenots Konzeption der Konventionen stützend, schlägt Graß eine pragmatische Lesart der subjektiv wahrgenommenen »Modernisierung schulischer Leistungspolitiken« vor, die darauf zielt unterschiedliche Kritik- und Rechtfertigungsordnungen zu identifizieren sowie zu zeigen, wo Spannungen und Bruchlinien zwischen diesen verlaufen, und zwar ebenfalls mit Blick auf das professionelle (Selbst-)Verständnis von SchulleiterInnen und Lehrenden.

Vor dem Hintergrund aktueller Pflegepolitiken und veränderter Steuerungsformen im Feld der stationären Altenpflege widmet sich der Beitrag von *Maria Dammayr* der Reorganisation von Pflegeeinrichtungen und der (Neu-)Ausrichtung von Leistungspolitiken in diesen. Mit Blick auf die subjektiven Erfahrungen und Wahrnehmungen von Pflegekräften geht sie der Frage nach, mit welchen, zum Teil widersprüchlichen Leistungsanforderungen diese konfrontiert sind. Dabei interessiert die Autorin besonders, wie Pflegenden ihre Ansprüche an gute Pflege formulieren, inwiefern ihnen deren Umsetzung im beruflichen Alltag möglich ist und wie sie die veränderten Anforderungen im Hinblick auf Legitimität und Gerechtigkeit beurteilen. Der Beitrag folgt zunächst aktuellen Entwicklungen im Feld, bevor er im Rahmen einer Explorationsstudie gewonnene empirische Einsichten anschließt. Verdeutlicht durch Aussagen von Beschäftigten aus der Altenpflege zeichnet Dammayr ein Bild davon, wie diese die an sie gestellten Leistungsanforderungen wahrnehmen, beurteilen und bearbeiten. Dabei zeigt sie u.a., dass sich besonders das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Effizienz und dem beruflichem Selbstverständnis, dem nicht selten ein bestimmtes (Für)Sorgeethos eingeschrieben ist, als spannungsreich erweist. Diese Konflikte werden zwar häufig in individuellen Bewältigungsstrategien bearbeitet, dennoch zeigen sich auch Potenziale der Widerständigkeit und ein – immer häufiger auch solidarisch-kollektives – Engagement für entsprechende Arbeits- und Rahmenbedingungen.

Der abschließende Beitrag von *Elisabeth A. Günther* und *Brigitte Ratzer* thematisiert Berufseinstiegsbarrieren von Frauen in der Technik und verschiebt den Fokus so wieder stärker auf Fragen der sozialen Ungleichheit. Vor dem Hintergrund eines weithin konstatierten Fachkräftemangels in technischen Berufen, machen die beiden Autorinnen deutlich, dass geringe Frauenquoten nicht allein durch einen Mangel an weiblichen Bewerberinnen erklärt werden kann (zumal naturwissenschaftliche und technische Fächer in Österreich zu einem Drittel von Frauen abgeschlossen werden). Vielmehr gelingt es ihnen zu zeigen, inwieweit weibliche Bewerberinnen im Feld, d.h. vor allem Ingenieurinnen, im Zuge ihrer Bewerbungen auf Barrieren stoßen. Aus Interviews mit RecruiterInnen in elf international agierenden Großunternehmen werden Narrative und Rhetoriken herausgearbeitet, mittels denen Ein- und Ausschluss begründet und Berufseinstiegsbarrieren von Technikerinnen aufrechterhalten werden. Zentrale Legitimationsnarrative sind demnach zum einen, dass sich zu wenige Frauen bei den Unternehmen bewerben würden, zum anderen, dass die Bewerberinnen unpassend seien – aufgrund ihrer Person oder mit Blick auf die jeweilige Unternehmenskultur. Praktiken und Rhetoriken weisen offenkundig auseinander: Zwar werden Frauen in Ausschreibungstexten direkt oder indirekt angesprochen, tatsächlich werden in Bewerbungsverfahren jedoch andere Narrative und Praktiken realisiert, und damit Vorurteile im Zusammenhang von Geschlecht und Technik »aktualisiert«. Frauen erfahren so nach wie vor Berufseinstiegsbarrieren oder gar Ausschlüsse aus technischen Berufen.

Der vorliegende Band versammelt ein breites Spektrum thematischer und theoretischer Zugänge sowie empirischer Befunde und Einblicke in Fragen der Legitimität und Legitimation sozialer und politischer Ordnungen. Er gibt dabei Hinweise auf vorherrschende und/oder kontestierende Rechtfertigungsnarrative, auf aktuell sichtbar werdende Bruchlinien sowie auf Prozesse, in denen über die Angemessenheit bestehender Ordnungen verhandelt wird. Auch wenn zahlreiche Aspekte Eingang in das Buch gefunden haben, kann manches nur angedeutet werden. Wie verhalten sich etwa die Legitimationskrisen in unterschiedlichen Bereichen zueinander? Wie spielen normative Praktiken und Narrative zusammen? Und was bedeuten Änderungen innerhalb einflussreicher Narrative wie dem der Leistungsgerechtigkeit für die materiellen Herrschaftsordnungen, die sich auf diese berufen? Der Band versteht sich in diesem Sinne als Beitrag zu einer anhaltenden und sich ausweitenden Diskussion um die Bedingungen und Ausgestaltungen von Rechtfertigung und Kritik von Herrschaft.

LITERATUR

- Altwater, Elmar/Bischoff, Joachim/Hickel, Rudolf/Hirsch, Joachim/Hirschel, Dierk/Huffs Schmid, Jörg/Zinn, Karl-Georg (2009): *Krisen Analyse*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (2014): »Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit.« In: dies. (Hg.): *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 66-77.
- Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent (2007 [1991]): *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt am M.: Suhrkamp.
- Celikates, Robin (2009): *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*. Frankfurt am M. [u.a.]: Campus.
- Demirović, Alex (2013): »Löwe und Fuchs – Antonio Gramscis Beitrag zu einer kritischen Theorie bürgerlicher Herrschaft.« In: Imbusch, Peter (Hg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 137-150.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): *Viel-fachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. In Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Hamburg: VSA: Verlag.
- Diaz-Bone, Rainer/Thévenot, Laurent (2010): »Die Soziologie der Konventionen. Die Theorie der Konventionen als ein zentraler Bestandteil der neuen französischen Sozialwissenschaften.« In: *Trivium*, 2010(5), (<http://trivium.revues.org/3557>, Abruf: 10.3.2014).
- Dubet, François (2008): *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Eagleton, Terry (1991): *Ideology. An Introduction*. London, New York: Verso.
- Forst, Rainer (2014): »Legitimität, Demokratie und Gerechtigkeit: Zur Reflexivität normativer Ordnungen.« In: Flügel-Martinsen, Oliver/Gaus, Daniel/Hitzel-Cassagnes, Tanja/Martinsen, Franziska (Hg.): *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 137-147.
- Forst, Rainer/Günther, Klaus (2010): *Die Herausbildung normativer Ordnungen. Zur Idee eines interdisziplinären Forschungsprogramms*. Frankfurt a. M., (http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/files/8125/ForstGuentherDie_Herausbildung_normativer_Ordnungen._Zur_Idee_eines_interdisziplinaren_Forschungsprogramms.pdf, Abruf 24.05.2014).

- Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Übers. von Burkhardt Wolf. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1971): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Imbusch, Peter (Hg.) (2013): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*. 2., akt. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS.
- Jaeggi, Rahel (2009): »Was ist Ideologiekritik?« In: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.): *Was ist Kritik?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 266-295.
- Kastner, Jens/Sonderegger, Ruth (Hg.) (2014): *Pierre Bourdieu und Jacques Rancière. Emanzipatorische Praxis denken*. Wien: Turia + Kant.
- Menz, Wolfgang (2009): *Die Legitimität des Marktregimes. Leistungs- und Gerechtigkeitsorientierungen in neuen Formen betrieblicher Leistungspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rancière, Jacques (2010 [1983]): *Der Philosoph und seine Armen*. Wien: Passagen.
- Sarasin, Philipp (2012): *Michel Foucault zur Einführung*. 5. Aufl. Hamburg: Junius.
- Sauer, Birgit (2013): »Die hypnotische Macht der Herrschaft« – Feministische Perspektiven.« In: Imbusch, Peter (Hg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 379-398.
- Vobruba, Georg (2013): »Soziologie und Kritik. Moderne Sozialwissenschaft und Kritik der Gesellschaft.« In: *Soziologie*, 42(2), S. 147-168.
- Weber, Max (1921): »Soziologische Grundbegriffe.« In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hg. von Johannes Winckelmann. 7. Aufl. (1988). Tübingen: Mohr Siebeck (UTB), S. 541-581.
- Weber, Max (1922): »Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft.« In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hg. von Johannes Winckelmann. 7. Aufl. (1988). Tübingen: Mohr Siebeck (UTB), S. 475-488.